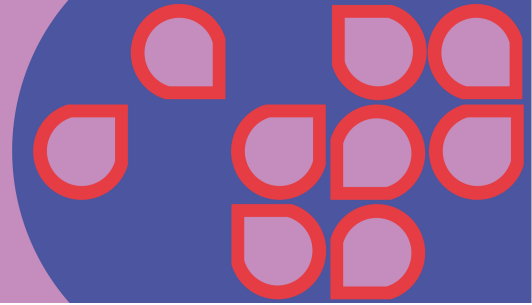




Call for Papers: Recht und Gericht

Gerichte stehen zunehmend im Zentrum rechtlicher und politischer Auseinandersetzungen; sie sehen sich in der öffentlichen Debatte unterschiedlichsten Erwartungen von verschiedener Seite ausgesetzt. Während das Bundesverfassungsgericht seit Jahren das größte Vertrauen unter allen Verfassungsorganen genießt und in seinem institutionellen Bestand jüngst durch eine Grundgesetzänderung geschützt wurde, wird auf europäischer Ebene pejorativ vor einer Juristokratie gewarnt. Während manche die Krise der liberalen Demokratie in der progressiven gerichtlichen Intervention in den politischen Betrieb verorten, sehen andere die Gerichte in der Verantwortung, Klima- und Republikschutz selbst in die Hand zu nehmen.

Als Akteur ist das Gericht in seiner rechtlichen Existenz und seinem Fortbestand an das es begründende System gebunden. Im verfassungsrechtlich determinierten Gefüge der Gewalten ist die Judikative sowohl von der gesetzlichen Ausgestaltung ihrer Operationalisierung als auch von den Durchsetzungsmöglichkeiten ihrer Entscheidungen geprägt. In ständiger Wechselwirkung bewirken Rechtsprechung und Politik die Gestaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Struktur. Dies gilt nicht nur für die Verfassungsgerichtsbarkeit, sondern gerade auch für die verschiedenen nationalen und internationalen Gerichtsbarkeiten, die den politischen Raum mit ihren Entscheidungen durchdringen. So erlebt die internationale Gerichtsbarkeit in Zeiten steigender zwischenstaatlicher Spannungen systemische Herausforderungen. *Innerhalb* des Gerichtssaals sorgen wiederum Konflikte, etwa um die Politisierung von Richter:innen, die richterliche Unabhängigkeit, den Zugang zu effektivem Rechtsschutz oder den Umgang mit strategischer Prozessführung für Aufsehen. Vor diesem Hintergrund werden Anspruch und Wirklichkeit der rechtsprechenden Gewalt immer wieder neu ausgehandelt.

In diesem Spannungsfeld sucht die Tagung nach Antworten auf die Frage, was Gerichte leisten können, was sie (nicht) leisten sollen und welche Erwartungen erfüllt oder enttäuscht werden müssen. Funktion, Verortung und Herausforderungen der Institution Gericht stehen so im Fokus der Debatte über Möglichkeiten und Grenzen bestehender rechtlicher und politischer Verhältnisse.

Abstracts (maximal 4000 Zeichen, inkl. Leerzeichen) können bis zum **4. Januar 2026** über [die Website](#) eingereicht werden. Die Auswahl wird voraussichtlich bis Mitte Januar erfolgen. Das Tagungsteam freut sich, Euch bald in Göttingen zu begrüßen!